



VERBANDSZEITUNG DER DEUTSCHEN UHRMACHER

56. JAHRGANG / HALLE (SAALE), 4. DEZEMBER 1931 / Nummer 49

Die Forderungen des Handwerks

Die Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks vom 25. November beschäftigte sich auch mit den vordringlichsten Forderungen des Handwerks auf wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischem Gebiet. Eine Zusammenstellung hierzu war vor der Tagung den Mitgliedern des Reichskabinetts, den dem Handwerk nahestehenden Reichstagsabgeordneten und mehreren sonstigen Behörden übermittelt worden. Wir entnehmen diesem Material nachstehende grundsätzliche Ausführungen:

1. Die wirtschaftliche und politische Lage des deutschen Volkes erfordert dringend eine endliche grundsätzliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz- und Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft. Durch entschlossene und zielbewußte Zusammenfassung aller Kräfte muß die Rentabilität der Gesamtwirtschaft erstrebt werden, die zur endgültigen Befreiung des deutschen Volkes durch Arbeit und Leistung unerläßlich ist. Dabei ist der Bedeutung der auf verantwortungsbewußten Persönlichkeiten beruhenden Wirtschaftsführung des gewerblichen Mittelstandes für die Gesamtwirtschaft und Volksgemeinschaft weit mehr als bisher Rechnung zu tragen.

2. Ganz allgemein ist in Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder auf die Lebensbedingungen des gewerblichen Mittelstandes weit mehr als bisher Rücksicht zu nehmen. Die übermäßige Einschätzung der kapitalistischen und gewerkschaftlichen Kräfte läßt eine angemessene Berücksichtigung des Mittelstandes in der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder trotz des Artikels 164 der Verfassung seit deren Bestehen vermissen. Deshalb verlangen die beruflichen Vertretungen des Handwerks auf das entschiedenste, daß die künftige ordentliche oder außerordentliche Gesetzgebung des Reiches nicht in der bisher üblichen schematischen Form weitergeführt wird, sondern daß in ausreichender Vorbereitung der zu erlassenden Gesetze deren Wirkung auf die einzelnen Kreise der deutschen Wirtschaft vorher geprüft und jeweils ein gerechter Ausgleich unter den verschiedenen Interessen herbeigeführt wird.

3. Vordringlichste Forderung der Gegenwart ist die Ausschaltung aller Hemmungen, die einer organischen Entwicklung der Preis- und Lohngestaltung entgegenstehen. Die Reichsregierung hat seit mehr als einem Jahre auf dieses Ziel hingestreb, aber nicht mit dem notwendigen Nachdruck und mit der notwendigen Aus-

dehnung auf alle die Faktoren, die in ihrem Zusammenwirken für die Preisgestaltung bestimmend sind. Dazu gehören außer der bisher zu Unrecht ganz einseitig zur Verantwortung gezogenen Preisbildung des Handwerks und Einzelhandels folgende Maßnahmen:

1. ein umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand;
2. Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe;
3. Abbau der steuerlichen und sozialen Belastung;
4. Reorganisation der volkswirtschaftlichen Kapitalverteilung und Schaffung eines erträglichen Zinsniveaus;
5. grundlegende Neuregelung der Kartellgesetzgebung und Revision der Zollpolitik;
6. Auflockerung der überspannten Bindungen des Arbeitsmarktes;
7. endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Zur Vertretung des gewerblichen Mittelstandes bei der Reichsregierung wird folgendes vermerkt:

In dem letzten Jahrzehnt ist der gewerbliche Mittelstand in einer Weise geschwächt worden, die vom staatspolitischen Standpunkt aus außerordentlich zu bedauern ist. Wir sind der Meinung, daß die Überwindung der jetzigen Wirtschaftskrise sehr viel leichter wäre, wenn die breite Schicht des gewerblichen Mittelstandes in seiner früheren Leistungsfähigkeit heute noch vorhanden sein würde und einen großen Teil ihrer Auswirkung auffangen und ausgleichen könnte. Wir halten es aber zum mindesten für unbedingt erforderlich, dafür zu sorgen, daß nicht etwa durch die Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Krise eine weitere Zertrümmerung des Mittelstandes erfolgt. Wir haben die Befürchtung, daß bei all den Maßnahmen, die zur Zeit erwogen und durchgeführt werden, allzu stark die Rücksichtnahme auf die Großwirtschaft und auf die Arbeitnehmerschaft ausschlaggebend ist und daß hinter diesen Einflüssen die notwendige Schonung des gewerblichen Mittelstandes zurücktritt.

Es kommt hinzu, daß durch die Ausschaltung des Parlaments, über deren Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit wir unsererseits nicht zu befinden haben, uns die Möglichkeit genommen ist, für unsere berufsständischen Bemühungen parlamentarische Hilfe zu gewinnen. Die